

27.02.2014 - Der neue Kolonialismus

Was unterscheidet Landgrabbing von früheren Landnahmen?

von Angela Klein

Sie geben sich gern als die Retter der Welt. Sie bekämpfen den Hunger, schaffen Arbeitsplätze und wehren dem Klimawandel: die großen Agrarunternehmen und ihre Finanziere, Kapitalsammelstellen wie Investmentfonds, Agrarfonds, Pensionsfonds, Großbanken und -versicherungen mit den Spekulanten im Schlepptau.

Auf ihren Webseiten machen sie sich Sorgen um das Wachstum der Bevölkerung (laut UNO auf 9,2 Milliarden bis 2020) bei gleichzeitiger Abnahme der Verfügbarkeit von Ackerland (laut Deutsche Stiftung Weltbevölkerung von 0,45 Hektar pro Kopf 1960 auf 0,21 Hektar 2020). Freilich gehen sie dabei davon aus, dass die zunehmende Knappheit billigen Öls (Peak Oil) durch Agrosprit ersetzt werden muss (das nennen sie «Bio-Energie»), und dass die vor allem in Asien und Afrika anwachsende Bevölkerung dem westlichen Konsum-, und vor allem Fleischkonsummodell nacheifern wird und soll.

Daraus schließen sie: Investitionen in großflächige industrielle Landwirtschaft sind ein Bombengeschäft. «90% der Wirtschaftskraft eines Hektars fließen über die Höhe der Pacht an den Landeigentümer», wirbt die Webseite von Germanagrar, einem Unternehmen, das nach eigenem Bekunden «Dienstleistungen rund um die Landwirtschaft anbietet ? von der juristischen Betreuung, der Vermittlung von Agrarimmobilien über Lohnarbeiten hin zu einer kompletten Bewirtschaftung landwirtschaftlicher Betriebe und Ackerflächen». Und sie versprechen zweistellige Traumrenditen.

Weil die Riesenflächen, die für dieses Geschäft benötigt werden, nicht immer zur Verfügung stehen, werden sie geraubt oder erpresst ? nicht anders als in den Anfangstagen des europäischen Kolonialismus, als die weißen Siedler Indios, Maoris oder Zulus vom Land ihrer Väter verjagten und in den Bergbau, die Sklaverei oder auch einfach in den Tod trieben. Der Prozess der «ursprünglichen Akkumulation» ist bis heute ein gewalttätiger. Kaum ein Tag vergeht, an dem nicht rund um den Globus über erbitterte Kämpfe um Land berichtet wird. Und oft genug geschieht es unter einem «grünen Mäntelchen» ? etwa wenn Kleinbauern ihre Lebensgrundlage genommen wird, um einen riesigen Naturpark anzulegen oder um sog. Energiepflanzen anzubauen.

Die Staaten

Die schiere Größe der Landkäufe stellt in der Geschichte des Kolonialismus zweifellos einen Qualitätssprung dar; sie ist eine Folge der kombinierten Finanz- und Nahrungsmittelkrise 2008. In den ersten Monaten des Jahres hub ein Run der Investoren auf Farmland in Asien, Afrika und Lateinamerika an, jeder wollte «Nahrungsmittelsicherheit» für sich selbst. Beamte der Golfstaaten flogen rund um den Globus und hielten Ausschau nach großen Flächen, auf denen sie Reis anbauen könnten für ihre rasant wachsende Bevölkerung. So katapultierten sich die Vereinigten Emirate, Saudi-Arabien, Qatar oder ein Stadtstaat wie Singapur unter die zehn größten Landnehmer der Jahre 2006?2011. China, Indien oder Südkorea taten es ihnen gleich. Insgesamt, schätzt GRAIN, sind bis 2011 weltweit 127,3 Millionen Hektar ausländischen Landnehmern in die Hände gefallen. Dabei sind die meisten Deals gar nicht bekannt, weil sie geheim gehalten werden, häufig aus Sorge vor politischen Konsequenzen.

Im November 2008 wurde berichtet, dass Libyen 250000 Hektar in der Ukraine erworben hatte. Im Januar 2009 wurde bekannt, dass Qatar 40000 Hektar in Kenya erworben hatte. Medienberichten im Januar 2010 zufolge hat China in der Demokratischen Republik Kongo 2,8 Millionen Hektar Land erworben, um die größte Ölpalmenplantage der Welt aufzubauen. Äthiopien hatte bis Ende 2009 600000 Hektar Land an ausländische Investoren verpachtet. In Madagaskar sollen die Verhandlungen mit der Daewoo Logistics Corporation über den Kauf von 1,3 Millionen Hektar Land für den Anbau von Mais und Ölpalmlantagen bei den politischen Konflikten eine Rolle gespielt haben, die 2009 zum Sturz der Regierung führten.

Die Mehrzahl der Geschäfte werden jedoch nicht von Staaten, sondern von privaten Unternehmen getätigt, manchmal sogar gegen den Willen der Regierung des Ziellands. In dem Maße, wie sich die Finanzkrise ausweitete, trat nämlich eine weitere Gruppe von Investoren auf: Hedge Fonds, Private Equity-Gruppen, Investmentbanken u.ä. Denen geht es nicht um Nahrungsmittelsicherheit. Die rechnen sich aus, dass sowohl der Handel mit dem Land als auch mit seinen Früchten eine sichere Einnahmequelle sein würde. Die lokalen Regierungen spielen dabei meist die Rolle von Helfershelfern im Dienst der großen Unternehmen, auch dann, wenn sie selbst als Käufer oder Pächter auftreten.

Im August 2009 etwa sicherte sich die Regierung von Mauritius einen langjährigen

Leasingvertrag über 20000 Hektar gutes Farmland in Mosambik, um Reis für den Markt der Insel anzubauen. Doch nicht die Regierung von Mauritius bewirtschaftete danach das Land und bringt den Reis auf den heimischen Markt, vielmehr hat sie das Land sofort an zwei Konzerne weiterverpachtet: einen aus Singapur und einen aus Swaziland. Der aus Singapur will in Afrika einen Markt für seine proprietäre Reissorte entwickeln; der aus Swaziland ist auf Viehzucht und Agrosprit spezialisiert.

Die Investoren

Mit dem traditionellen Agrobusiness, wie es Konzerne wie Unilever oder Dole seit Jahrzehnten betreiben, ist Landgrabbing heute nicht mehr vergleichbar. Einer der zentralen Akteure ist nämlich gar kein Agrarunternehmen mehr: die Hochfinanz. GRAIN hat im Oktober 2009 eine Liste von über 120 Investmentgesellschaften zusammengetragen, die in diesem Geschäft aktiv sind, die meisten von ihnen waren erst kurz zuvor gegründet worden. Und mancher Dollar, der hier investiert wird, ist hart erarbeitete Ersparnis von Lehrern, Beschäftigten im öffentlichen Dienst oder Fabrikarbeitern, etwa aus den USA oder Großbritannien.

Diese Geldgeber spekulieren darauf, dass der Wert der Bodens ständig steigt. Charakteristisch dafür ist ein Ausspruch der Vorstandsvorsitzenden eines Investmentfonds aus Großbritannien, das Farmland u.a. in Mosambik aufkauft: «Das erste, was wir tun werden, ist, das Land selbst zu Geld zu machen ... Wir könnten sogar so dumm sein und gar nichts anbauen, wir würden trotzdem im den nächsten zehn Jahren Geld damit machen.» Das ist eine völlig veränderte, rein unternehmerische Version der Grünen Revolution.

Diese mächtigen Investoren bilden Lobbygruppen, die sich Regierungen gefügig machen, damit sie ihnen Sonderkonditionen einräumen und ihre Investitionen schützen statt ? wie es deren Aufgabe wäre ? an die preiswerte und gesunde Ernährung der eigenen Bevölkerung zu denken. Gesetze gegen ausländisches Eigentum an Grund und Boden, oder Restriktionen in Bezug auf den Export von Nahrungsmitteln oder in Bezug auf die Einführung von Gentechnik betrachten sie als Investitionshemmnisse, die fallen sollen. Im Gegenzug sichern die Investoren den Regierungen großflächige Investitionen in eine überdimensionierte Infrastruktur zu: Staudämme, Kanäle, Eisenbahnbau usw. Die Regierungen der Landkäufer wiederum sehen in der Expansion ihrer Nahrungsmittelkonzerne die gebotene Antwort auf die Nahrungsmittelkrise. Sie arbeiten deshalb mit den Regierungen der Zielländer Freihandelsabkommen und bilaterale

Investitionsschutzabkommen aus.

Der Hunger

Das neue Landgrabbing wird in wachsendem Maß von den neuen Konzernen des Südens getragen: 40% aller Unternehmenskäufe und -fusionen im Bereich der Agrarproduktion waren 2009 laut UN-Handelsorganisation UNCTAD Süd-Süd-Geschäfte. «Afrikas Nahrungsmittelindustrie von morgen wird wesentlich von brasilianischem, chinesischem und Golfstaatenkapital beherrscht sein», prognostiziert GRAIN.

Doch der Hunger wächst schneller als die Bevölkerung, vor allem in Afrika. Landgrabbing und der damit verbundene Zwang zur Exportproduktion raubt der einheimischen Bevölkerung ihre Lebensgrundlage und verwandelt nährstoff- und artenreiche Gebiete in öde Flächen; er verstärkt damit ihre Nahrungsmittelunsicherheit. Wenn die Böden ausgelaugt sind, zieht die Karawane der Landgrabber weiter. Die Weltbank und andere UN-Organisationen wie die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation FAO aber bemühen sich, mit Zertifikaten und Audits solchen Investitionen ein «Mäntelchen der Nachhaltigkeit» umzuhängen, um ihre gesellschaftliche Akzeptanz zu steigern und die Illusion aufrechtzuerhalten, die Nahrungsmittelkrise könne mit großflächiger industrieller Landwirtschaft bewältigt werden.

Noch nie wurde die Ernährung der Welt von so einer kleinen Gruppe von Kapitalbesitzern kontrolliert. Noch nie war sie so abhängig von der Bedienung der Profitinteressen von Kapitalanlegern. Und noch nie war eine globale Agrarreform dringender als heute. «Natürlich brauchen wir Investitionen, aber Investitionen in Nahrungsmittelsouveränität, in Millionen lokale Märkte und in die 3 Milliarden Landarbeiter, die immer noch das Gros unserer Nahrungsmittel herstellen», lautet das Fazit von GRAIN.